

Interfraktioneller Antrag
öffentlich

Datum
04.10.2006

Nummer
A0174/06

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

09.11.2006

Kurztitel

Öffnung von Schuleinzugsbezirken

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt eine Drucksache zu erstellen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen mit dem Ziel, der Öffnung der Schuleinzugsbezirke für

1. Grundschulen
2. Sekundarschulen.

Mit der ausschließlichen Öffnung der Schuleinzugsbezirke soll gesichert werden, dass die Schüler, die in den bestehenden Einzugsbereichen wohnen, das Recht haben, in ihrer dem Schuleinzugsbezirk zugeordneten Schule beschult zu werden.

Die Satzung über die Schülerbeförderung ist den durch die Öffnung der Schuleinzugsbezirke geänderten Bedingungen anzupassen.

Begründung:

Bereits mit dem Antrag A0200/03 (Beschluss-Nr. 2831-76(III)03) wurde der Oberbürgermeister beauftragt, im Rahmen der Schulentwicklungsplanung Gespräche mit dem Kulturministerium mit dem Ziel der Aufhebung der Schuleinzugsbezirke für Grund- und Sekundarschulen zu führen.

Der Landesgesetzgeber hat die rechtliche Möglichkeit mit der 9. Novelle zur Änderung des Schulgesetzes geschaffen, auf Schuleinzugsbezirke zu verzichten.

Voraussetzung sollte sein, dass für alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit einer wohnortnahen Beschulung sichergestellt ist, denn Eltern von Schulkindern werden sich auch weiterhin für eine wohnortnahe Schule entscheiden, um weite Schulwege möglichst zu vermeiden.

Die Öffnung der Schuleinzugsbezirke kann zu einem gesunden Wettbewerb unter den Schulen beitragen, der unter anderem auch zur Steigerung von Qualität von Schule führen wird.

Die Entscheidung der Eltern für eine Schule ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Neben der Unterrichtsversorgung, dem Schulprogramm und der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus spielt hier auch die Ausstattung der Schulen eine bedeutende Rolle. Hier werden Schulen und Schulträger aufgefordert sein, sich der Situation zu stellen und in Zusammenarbeit mit allen Verantwortlichen nach Lösungen zu suchen.

Erfahrungen in einigen kreisfreien Städten (z. B. Kiel) oder den Ganztagschulen im Ohrekreise, in denen freie Schuleinzugsbezirke bereits Praxis sind, zeigen, dass es nicht zu den befürchteten Abwanderungen von vermeintlich „schlechten Schulen“ zu den vermeintlich „guten Schulen“ kommt. Die

Auseinandersetzung mit der Qualität der eigenen Schule ist indessen erfreulicherweise in den Vordergrund gerückt.

Unter Berücksichtigung der bereits im Stadtrat stattgefundenen Diskussion ist der Antrag für die Grundschulen und Sekundarschulen getrennt abzustimmen.

CDU-Ratsfraktion

FDP-Ratsfraktion

Fraktion Bündnis/Die Grünen

Fraktion Bund für Magdeburg

future! - die jugendpartei